

Das Verbot von Hilfen

Damit in Not geratenen Euroländern die Hilfe stärkerer Länder versagt bleibt, hat man zur Sicherheit eine sogenannte Bail-out-Klausel, einen Haftungsausschluss, in die europäischen Verträge geschrieben. Nach Artikel 125 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) darf die Situation eines Defizitlandes auf den Finanzmärkten nicht dadurch verbessert werden, dass andere Staaten oder die EU für dieses haften oder gar seine Schulden übernehmen.

Die Griechenland inzwischen von anderen EU-Mitgliedsländern gewährten Kredithilfen enthalten kein Subventionselement. Der verlangte Zinssatz liegt wohl leicht unter dem der internationalen Finanzmärkte, mit fünf Prozent aber deutlich über dem Satz, zu dem sich die kerneuropäischen Staaten verschulden können. Mit der Vergabe von Krediten an Griechenland machen daher die reicheren EU-Staaten, und hier insbesondere Deutschland, einen guten Gewinn. Es kommt zu einem Wohlstandstransfer von Athen nach Berlin.



Zur Wiederherstellung der Stabilität des Euro drängen Europäische Kommission und die kerneuropäischen Staaten weiter auf die strikte Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Doch die nach diesem Pakt verlangte schnelle Absenkung des Defizits auf eine jährliche Neuverschuldung von drei Prozent führt in Ländern wie Griechenland, Irland, Portugal, Lettland oder Spanien zu einem Abwür-

gen der dort seit der Krise immer noch schwachen Konjunkturen. Da der Stabilitäts- und Wachstumspakt am Ende eines Defizitverfahrens die Auferlegung von Strafzahlungen vorsieht, ist er zudem ein »dummer Pakt«, wie es der ehemalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi einmal so treffend formulierte, denn damit würde einem an Blutarmut leidenden Patienten lediglich nur weiteres Blut abgezapft. Der jetzt von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und der Europäischen Kommission ins Spiel gebrachte Europäische Währungsfonds soll diesen untauglichen Stabilitäts- und Wachstumspakt aber nur ergänzen, indem er den in Not geratenen Ländern harte Bedingungen für Hilfen diktieren soll. Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert sogar den möglichen Ausschluss von Defizitländern aus der Eurozone. Doch auf diese Weise vergrößert man nur die Spannungen in ihr und riskiert ihr Auseinanderbrechen. Notwendig ist hingegen der Abbau der wirtschaftlichen Disparitäten unter den Euroländern.

Für viele EU-Länder außerhalb der Euro-Zone ist es angesichts dieser Entwicklung nicht attraktiv, Mitglied in ihr zu werden. Wichtige Volkswirtschaften haben es daher nicht mehr eilig den Euro einzuführen. In Dänemark und Schweden wurden Mitgliedschaften in Volksabstimmungen abgelehnt. In Großbritannien denkt niemand mehr an die Aufgabe des Pfunds. Die größeren osteuropäischen Länder Polen, Tschechien und Ungarn sind sogar froh darüber, in dieser Zeit nicht der Zone anzugehören. Alle drei Länder haben erst vor kurzem ihre Währungen zum Teil drastisch gegenüber dem Euro abgewertet, um so ihre Exporte billiger zu machen. Die Zukunft der Euro-Zone und damit auch der Europäischen Union liegt im Ungewissen.



Rue Wiertz 47 | B-1047 Brüssel | Belgien
V.i.S.d.P. Sabine Wils

Mehr Informationen erhalten Sie unter
www.dielinke-europa.eu und www.guengl.eu



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
PARLAMENTSFRAKTION EUROPÄISCHES PARLAMENT



Titelbild: kallejpp/photocase.com

Der Euro – eine Währung ohne Unterbau

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



Wie vernünftig ist eine Währungszone, in der, wie im aktuellen Fall Griechenlands, gegen eines ihrer Mitglieder massiv spekuliert wird, ihm von den Finanzmärkten Zinsaufschläge abgepresst werden und die starken Länder in ihr diesem bösen Treiben tatenlos zusehen? Das alles ist weder vernünftig und schon gar nicht solidarisch, so wenig wie die sich einbürgernde diffamierende Abkürzung »PIGS« (Schweine) für die Anfangsbuchstaben Portugals, Italiens, Griechenlands und Spaniens. Jetzt, in der Krise, zeigt sich, was die an guten Tagen so oft beschworene europäische Solidarität einer angeblich »immer engeren Union« wirklich wert ist. Kommt es hart auf hart, so zählen nur noch nationale Interessen, und vernünftig ist, was dem eigenen Nutzen dient.

Die Europäische Union besteht in ihrem Kern aus nicht viel mehr als einem Binnenmarkt. In der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist lediglich die Geld-, nicht aber die Finanz- und Wirtschaftspolitik vergemeinschaftet. Die Bezeichnung Wirtschaftsunion ist daher ein Etikettenschwindel. Es existieren nicht einmal Ansätze verbindlicher gemeinsamer Wirtschafts- und Finanzpolitiken. Und doch gibt es die Währungsunion, haben bereits 16 der 27 Mitgliedsländer den Euro eingeführt. Weitere fünf EU-Länder haben ihre Währungen fest an diese Gemeinschaftswährung gebunden.

Disparate Leistungsbilanzen

In der gegenwärtigen Krise ist die Debatte über die Lebensfähigkeit der Euro-Zone erneut aufgebrochen. Bei der Entscheidung über den Euro in den 90er Jahren wurden seinerzeit die Gemüter noch mit dem Versprechen beruhigt, der Währungsunion werde bald die politische Union folgen. Daraus ist aber bis heute nichts geworden. Auch der Lissabonner Vertrag brachte keine Veränderung. Dem Euro fehlt der politische Unterbau.

Kritiker hatten damals vorausgesagt: Die vorzeitige Verwirklichung einer einheitlichen europäischen Geld- und Währungspolitik werde die realwirtschaftlichen und machtpolitischen Divergenzen in der EU lediglich verdecken. Um etwa den enormen Überschüssen der kerneuropäischen Staaten begegnen zu können, müssten die schwächeren EU-Partner in der Krise versuchen, durch sogenannte »interne Abwertungen«, durch Senkung der Löhne und Preise im eigenen Lande, diesem Konkurrenzdruck zu begegnen. Dies verschlechtere aber die Aussichten auf wirtschaftliche Erholung und vergrößere die Staatsverschuldung. Genau diese Voraussagen sind heute Realität geworden.



Jahr um Jahr ließ sich Deutschland als »Exportweltmeister« feiern. 2009 musste es diesen Titel zwar an China weiterreichen, doch mit gut neun Prozent liegt der deutsche Anteil am Welthandel weiterhin sehr hoch. Der Auftümmung von Leistungsbilanzüberschüssen kerneuropäischer Staaten entsprechen wachsende Leistungsbilanzdefizite jener EU-Länder,

die die Medien gern abschätzig »Club Med« nennen. Diese Disparität ist die entscheidende Ursache der gegenwärtigen Malaise der europäischen Südländer. Auf globaler Ebene hat man längst diese Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen als eine Ursache der weltweiten Krise identifiziert. In der Schlusserklärung des G-20-Gipfels von Pittsburgh am 24./25. September 2009 wurden die Länder mit hohen Überschüssen ermahnt, sie durch Stärkung ihrer Binnennachfrage zügig abzubauen. Doch in Deutschland stellt man sich gegenüber dieser Forderung taub.

Neben diesen sich vertiefenden Divergenzen ist es die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB), die die Euro-Zone auseinandertreibt. Da es in ihr nur einen Zinssatz für alle geben kann, nimmt die Bank auf Unterschiede zwischen den Volkswirtschaften keine Rücksicht. Lag der Zinssatz für die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren eher zu hoch, so war er für die Länder der Peripherie zu niedrig. Billige Kredite sorgten dort für hohe Privatverschuldungen. In Irland und Spanien bildeten sich Spekulationsblasen auf den Immobilienmärkten. In der Krise sind sie nun geplatzt.

Für DIE LINKE ist klar: Der Währungsunion als Schritt hin zu mehr europäischer Integration müssen schnell weitere folgen. Ohne gemeinsame Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Umwelt- und Regionalpolitik hängt die Währungskonvergenz in der Luft. Die Forderung nach einer europäischen Wirtschaftsregierung gehört denn auch seit Jahren zur Programmatik linker Europapolitik. Gefordert wird sie auch in anderen Ländern, etwa in Frankreich und in Spanien, dort sogar von sozialdemokratischen und selbst von konservativen Politikern. Verlangt wird sogar, dass ein Verstoß gegen gemeinsam vereinbarte wirtschaftspolitische Ziele mit Sanktionen bestraft werden kann. Gesucht wird eine europäische Verständigung, um die deutsche Wirtschaftspolitik einzubinden und so von ihrem Kurs der aggressiven Exportförderung abzubringen. Zugleich müsste Deutschland längst überfälligen Lohnerhöhungen zustimmen, um die Binnenkonjunktur anzukurbeln. Die gegenwärtige Bundesregierung hat aber immer wieder klargestellt, dass mit ihr so etwas nicht zu machen ist.